

Ukraine-Krieg: Kampf um unsere Werte?

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission:

„Die Ukraine verteidigt beeindruckend unsere europäischen Werte!“ Deshalb soll die Ukraine EU-Mitglied werden. Die Präsidentin fügte hinzu: „Die Ukraine verdient diesen Status, denn sie ist bereit, für den europäischen Traum zu sterben.“

(Fußnote 1)

Nein, es geht nicht um unsere Werte, nicht um Menschenrechte, nicht um Freiheit. Es geht dem großen Kapital um Russland, um seine Rohstoffquellen und Einflussphären. Dafür sollen die Menschen wieder in den Krieg ziehen und bereit sein zu sterben!

*

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab!

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen, Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein Krieg zwischen den USA, dem privatkapitalistischen Staat mit seinen Dollar-Milliardären samt einem Militärbudget von ca. 1000 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt und Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären mit einem Jahresmilitärbudget von 60 Milliarden Dollar und ca. 25 Militärstützpunkten in neun ehemaligen Sowjetrepubliken und einem in Syrien. Hier steht Russland den USA gegenüber, die die Ukraine finanzieren und vor allem militärisch aufrüsten. Die USA planen seit Gründung der NATO 1949, zunächst die Sowjetunion, danach Russland zu schwächen. Sie haben unter anderem Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien und jüngst auch Finnland in die NATO aufgenommen und damit Russland von Europa fast isoliert. Nach dem Ende der Sowjetunion und der darauf folgenden starken Privatisierung, die der erste Präsident Russlands, Jelzin (1991-1999), forcierte, kam am 1. Januar 2000 Putin an die Macht, der der Privatisierung Grenzen setzte und dafür ein staatskapitalistisches Oligarchensystem ausbaute.

Die USA streben, auch unter Nutzung der Ukraine, einen Regime-Sturz Putins an. Letztlich wollen sie sich die kontinentale Landmasse Russlands mit seinen riesigen Boden-, Süßwasser-, Erdöl- und Erdgasschätzen) aneignen. Ihr Ziel ist, die Entstehung von einem oder mehreren privatkapitalistische Staaten auf dem jetzigen Territorium Russlands

voranzutreiben, um so über große privatwirtschaftliche Konzerne und ihnen willige Politiker dieses riesige Gebiet auszubeuten und ihren geostrategischen Interessen unterzuordnen (siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzeziński#Die_einzige_Weltmacht_1997) Die Ukraine dient unter anderen diesen Plänen.

Militärische Anbindung der Ukraine an die USA

Seit den 1990er Jahren trainieren die USA Teile der ukrainischen Streitkräfte in Hinblick auf einen Krieg gegen Russland. Sie haben in der Ukraine 2014 einen lange geplanten Putsch inszeniert, um dort eine ihnen genehme Regierung zu installieren. Und sie haben 2019 die RAND-Cooperation beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, die Putin zu einer Invasion in der Ukraine veranlassen könnte (https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html).

„Die USA haben auch seit Jahren die Ausbildung und Ausstattung des Asow-Regiments betrieben, bekannt für seinen Rechtsextremismus und bekennende Neonazis. 2016 hatte der US-Kongress bereits eine Resolution verabschiedet, nach der das US-Militär die Neonazi-Organisation weder trainieren noch unterstützen oder mit Waffen versorgen darf. Das Pentagon erreichte allerdings, dass die Resolution aus dem Pentagon-Budget-Gesetz wieder entfernt wurde“ (Telepolis, 2.11.2019). Das Asow-Regiment ist nun offizieller Teil der ukrainischen Nationalgarde, mit geschätzt 5.000 Mann. Im Ukraine-Krieg geht es nicht um „unsere Werte“, um Menschenrechte, um Demokratie, um Freiheit, wie in unseren Medien seit Kriegsbeginn getrommelt wird. Es geht den USA um Russland, um noch mehr Profite für die Riesenkonzerne. Die EU unter Führung Deutschlands machen dabei mit.

Die Ukraine ist schon 1994 der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten. Das ukrainische Militär nahm seit 1997 regelmäßig an NATO-Manövern im Schwarzen Meer teil und seit 2007 regelmäßig an der NATO-Operation Active Endeavor, die der Kontrolle des Mittelmeers dient. Die Ukraine hatte Pro-Kopf schon vor dem Ukraine-Krieg das größte Militärbudget aller Staaten. (2021 5,9% des Bruttonationalproduktes =BIP). Nach dem Putsch 2014 haben das ukrainische Militär und

rechtsextreme Truppen in den Provinzen Donezk und Lugansk bis Februar 2022, dem Beginn des russischen Kriegs, laut OECD ca. 14.000 Menschen getötet.

Wirtschaftlicher Ausverkauf der Ukraine

Die Herrschenden in der Ukraine beschlossen 1992, ein Jahr nach der Staatsgründung, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und 2004 der Welthandelsorganisation (WTO), d.h. den Kommandozentralen des internationalen Kapitals beizutreten. Bedingungen dafür waren: Freigabe der Preise und des Wechselkurses, Öffnung für ausländisches Kapital, Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung. Von ca. 500.000 Betrieben wurde die Hälfte geschlossen, die andere Hälfte von ausländischen Konzernen und inländischen Oligarchen gekauft. Vor allem große EU- und US-Konzerne kauften sich in der Ukraine, dem Niedrigst-Lohn-Staat von Europa, ein.

Sehr gut fürs Geschäft der Reichen, schlecht für die große Mehrheit der Bevölkerung. Das Bruttonationalprodukt (BIP) sank von 1991 bis 2013 um 30%, die Stromproduktion um 35%, die Stahlproduktion um 57% usw.

Nach dem Putsch 2014 stellte die Ukraine den Handel mit Russland ein. Die Industrie war seit damals noch mehr der Konkurrenz des EU-Kapitals ausgesetzt und somit noch weniger konkurrenzfähig. Die Ukraine wurde praktisch deindustrialisiert, es blieb vorwiegend die Landwirtschaft. Auf Verlangen der EU schloss der Staat 2014 auch das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen ab. Die Bedingungen waren: Freie Marktwirtschaft, Abschaffung der Schutzzölle und nichttarifären Handelshemmnisse, Abbau staatlicher Subventionen, Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Die wirtschaftliche Lage für die Bevölkerung verschlechterte sich noch weiter. 2014 lebten 15% der Bevölkerung an der Armutsgrenze. 2018 waren es schon 25% (Weltbank). Und der IWF stellte fest: *„Die Ukraine gehört zu den 18 Ländern auf der Welt, deren Wirtschaftsleistung während der Periode von 1990 bis 2017 zurückgegangen ist, sie liegt auf dem fünftletzten Platz.“* Der Mindeststundenlohn betrug 2021 nur 1,21 Euro, das ist weniger als in Bangladesch und anderen asiatischen Staaten. Deshalb lassen auch viele Weltkonzerne aus EU-Staaten und den USA, z.B. aus der Textil-, Leder-, Autozubehör- oder der Pharmabranche, in der Ukraine produzieren, wo es u.a. kaum Arbeitsaufsicht durch den Staat gibt und systemisches Arbeitsunrecht herrscht.

Gesundheit

2020 lebten 45% der Bevölkerung der Ukraine unter der Armutsgrenze. *„Die ärmste Bevölkerung ist auch die kränkste in Europa. Die Ukraine steht an erster Stelle der Todesfälle wegen Mangelernährung.“* Laut einer WHO-Studie ist dort die Herz-

Kreislauf Todesrate auf Grund von Ernährungsrisiko am höchsten von 51 untersuchten Staaten (Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine – <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86079>).

Das Gesundheitswesen ist chronisch unterfinanziert. 2020 drohten Massenentlassungen für 50.000 Angestellte im Gesundheitswesen bzw. Schließung von Krankenhäusern. Dazu der ukrainische Gesundheitsminister: *„Das ist ein Abbau ... Abbau medizinischer Mitarbeiter ... in zwei bis drei Jahren bekommen wir eine Erhöhung der Tuberkulose-Rate um 30% ... eine erhöhte Sterblichkeit durch Tuberkulose“* (Nowoje Wremja, 25.4.2020).

Die Pensionen in der Ukraine

Die Durchschnittspension betrug 2013, vor dem Maidan-Putsch, noch 140 Euro, der höchste Wert bisher in der Ukraine. Seit 2017 beträgt die Durchschnittspension 55 Euro. Immer mehr Pensionist:innen müssen weiterarbeiten. (<https://www.laenderanalysen.de/ukraine-analysen/200/aktuelle-sozialdaten/> Nr. 200, 27.04.2018) 2018 betrug die Mindestrente 40 Euro.

Die Lage der Arbeiter und Angestellten in der Ukraine

Das Arbeitsgesetz vom Dezember 2019 ist Zeichen eines weiter verstärkten Arbeitsunrechts:

Es enthält u.a. Arbeit auf Abruf; Entlassungen müssen nicht mehr begründet werden; extreme Verbilligung von Überstunden (statt 100% Zuschlag nur mehr 20% Zuschlag); Abschaffung der Kollektivverträge – es gelten nur mehr Individualverträge; in Unternehmen mit unter 250 Beschäftigten, das sind über 95 Prozent der Unternehmen, sind keine Tarifverhandlungen erforderlich. Davon profitieren vor allem staatliche Unternehmen und u.a. Agrar-, sowie Nahrungsmittel- und Tabakkonzerne wie z.B. Nestle und Philipp Morris. Außerdem plant Selenskyj die Gewerkschaften zu enteignen, ihr Vermögen soll eingezogen werden. Sie haben aus sowjetischer Zeit noch wertvolle Grundstücke und Gewerkschaftshäuser und zwar in den Zentren der Städte. Hunderttausende Ukrainer protestierten gegen das neue Gesetz – darüber berichtete keine westlichen Medien. In einem gemeinsamen Brief vom 9. September 2021 haben die Internationale Gewerkschafts-Föderation und die Europäische Gewerkschafts-Föderation – ITUC, CSI, IGB – die ukrainische Regierung und das mit der Integration der Ukraine beauftragte EU-Komitee darauf hingewiesen: Die Ukraine verletzt mit dem neuen Arbeitsgesetz nicht nur alle Arbeitsrechte der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, sondern auch die niedrigen Standards der EU. Selenskyj hat darauf nicht reagiert (Sharan Burrow/ITUC and Luca Visentini/ETUC: Letter to Mr. Volodymyr Zelenskyy and others, Brussels 9. September 2021, p.mquinfo.dp.ua/images/photo-news/09_2021/original_lista.pdf).

Enteignung und Verarmung der Bauern

Nach der Selbstständigkeit bekamen die etwa sieben Millionen Bauern aus ihren Kollektivfarmen im Durchschnitt etwa vier Hektar Land als Eigentum zugeteilt. Das ist zu wenig, um eine eigenständige Landwirtschaft zu betreiben. Deshalb verpachten die Bauern bisher ihr kleines Land an in- und ausländische Oligarchen für eine niedrige Pachtgebühr, gegenwärtig im Durchschnitt für 150 Dollar pro Jahr, 2008 waren es 80 Dollar. (Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=86079>)

Die ukrainischen Oligarchen kauften 100.000te Hektar Land zusammen, ausländische Konzerne pachteten das Agrarland. Später hat wohl der Ausverkauf an ukrainischem Boden weiter zugenommen. Das Oakland-Institut schreibt, dass bis 2020 ca. 6 Millionen Hektar Ackerboden an in- und ausländische Konzerne verkauft wurde.

(<https://www.oaklandinstitute.org/blog/who-really-benefits-creation-land-market-ukraine>)

2023 waren es dann schon 9 Millionen Hektar.

<https://www.oaklandinstitute.org/country/ukraine>

Und das obwohl der Verkauf an ausländische Konzerne bis heute offiziell verboten ist.

Ausverkaufspolitik und Schuldendiktat

Die Ausverkaufspolitik an in- und ausländische Firmen brachte mit sich, dass die Bewohner der Ukraine zum Großteil zu wenig Einkommen hatten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Teil der Bürger wanderte deshalb aus. Die Einwohnerzahl der Ukraine schrumpfte von 52 Millionen 1990 auf 46 Millionen 2020. Dazu kommt, dass heute weitere 8 Millionen Ukrainer ständig im Ausland arbeiten, sie sind billige Arbeitskräfte für die westlichen Firmen. Das BIP der Ukraine beträgt offiziell 7.500 Dollar pro Kopf im Jahr, das ist der 140. Platz in der Welt.

Zu der Entwicklung der Ukraine sagte der Aufsichtsratsvorsitzende der ukrainischen Nationalbank 2020 unter anderem: „In 13 aufeinander folgenden Jahren war eine negative Handelsbilanz zu beobachten ... Wir rutschen in eine Entwicklung zum Agrarstaat hinein, der a priori in Schulden versinkt und seine internationale Rolle verliert“. (UNIAN, 17.1.20) „ ... Und ein Agrarstaat kann nicht allen Ukrainern Arbeit sichern. Er braucht so viel Bevölkerung nicht! Deshalb wird die Situation mit der Emigration von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Ukraine wird eine Bevölkerung von nicht mehr als 15-20 Millionen ernähren können. D.h. jeder Zweite wird im Ausland Arbeit suchen müssen“. (strana.ua, 24.4.20). Welcher Zynismus des Bankchefs – er sagt seinen Landsleuten: Leute, wandert aus. Das ist eine Katastrophe für die Masse der ukrainischen Bevölkerung, aber gut für die westlichen Kapitalisten in ihrer Gier nach billigen Arbeitskräften.

Die Schulden des ukrainischen Staates wuchsen immer weiter. Der IWF, dessen Kredite allein noch

den Staatsbankrott verhinderten, stellte der Selenskyj-Regierung nun 2020 ein Ultimatum: Um weiterhin Schuldendeckung zu erhalten, musste die Ukraine zwei Gesetze verabschieden, wollte sie weiterhin Geld bekommen oder sie würde den Staatsbankrott riskieren. Das eine Gesetz war das Bankengesetz, das andere die Landreform. Dieses Gesetz (Gesetz Nr. 552-IX) wird hier behandelt.

Landreform

Die Landreform bedeutete Umwandlung von Grund und Boden in echtes Eigentum. Der größte Teil (über 70%) des wertvollen Ackerbodens in der Ukraine (ca. 41 Millionen Hektar) gehört trotz all den großen Käufen der Oligarchen immer noch einem staatlichen Bodenfond, d.h. dieser Boden war bisher nur zu pachten nicht aber zu kaufen. Das Gesetz lautete in der ersten Phase: Ab 1.1.2021 können Bauern ihr Land verkaufen. Für den Landkauf gilt eine Obergrenze von 100 Hektar pro Käufer. Es ist nur ukrainischen Bürgern gestattet, Land zu besitzen. Zweite Phase der Gesetzesreform gültig ab 1.1.2024: Auch Kapitalgesellschaften ist es erlaubt, Land zu kaufen. Obergrenze: 10.000 Hektar. Das Gesetz verbietet zwar noch Verkäufe an Ausländer bzw. an Gesellschaften mit ausländischen Anteilseignern (Bundeszentrale f. Politische Bildung = bpb 11.12. 2020). Doch Ukrainer, die als Strohmann für ausländische Multis fungieren, werden sich wohl finden. Aber Selenskyj plant ohnehin als einen nächsten Schritt ein **Referendum**, dass der Handel mit Ackerboden offiziell zugelassen wird. Wenn große ausländische Agrarkonzerne Ackerboden in der Ukraine kaufen können, dann ist das selbst für die ukrainischen Agraroligarchen, erst recht für mittlere und kleine Bauern, eine übermächtige Konkurrenz. Landarbeiter werden dadurch in Zukunft in großer Zahl arbeitslos werden.

Gegen das Gesetz erhob sich in der Ukraine ziemlicher Widerstand. Selenskyj fand dafür selbst in seiner Partei keine Mehrheit, boxt das Gesetz letztlich 2020 im Parlament mit Hilfe der Partei Poroschenkos durch, einem Politiker, den er davor noch der Korruption und des Vaterlandsverrats bezichtigt hatte. Das Gesetz trat dann ab 1.1. 2021 in Kraft!

Korrupt und bankrott

Selenskyj ist seit 2019 Präsident eines korrupten und bankrotten Staates, ein Präsident der sich wie sehr viele Regierungen völlig dem Finanzkapital unterordnet. Schon die meisten Regierungen der Ukraine von 1990 bis 2021 haben nur gegen ihr Volk regiert und für die Reichen. Seit dem Krieg Russlands versucht Selenskyj Putin für alles, was in der Ukraine nicht funktioniert, verantwortlich zu machen. Der ukrainische Staat ist schon seit Jahren, schon lange vor dem Krieg pleite, kann die Schulden nie mehr zurückzahlen. Jeden Tag begibt sich Selenskyj in noch mehr ausländische, westliche Abhängigkeit, obwohl er täglich behauptet,

sich für die Selbstständigkeit der Ukraine einzusetzen.

Die Opfer sind die Menschen

Die Leidtragenden und die Opfer sind die Soldaten und die Zivilbevölkerung. Die Zeche des Ukrainekrieges zahlen auch alle Menschen im Westen nicht nur durch die weitere Sanktionspolitik und die Aufrüstung der Ukraine, sondern auch durch die eigene Aufrüstung und Militarisierung der jeweiligen Länder in Europa im Windschatten und im Namen des Ukraine-Krieges. Die USA/NATO und die EU-Staaten finanzieren die Ukraine in diesem Krieg und sie rüsten sie mit 100en Milliarden Dollar bzw. Euro auf. Gleichzeitig rüsten ein Teil der EU-Staaten ebenfalls für eigene Zwecke enorm auf. Fürs Militär werden Milliarden Euros zur Verfügung gestellt während sonst meist überall gespart wird. In Deutschland gibt es gleich einmal 100 Milliarden Sonderbudget fürs Militär. Im neutralen Österreich erhält das Bundesheer bis 2032 16 Milliarden, mehr Geld als je zuvor. Es wird für den Krieg gerüstet. Täglich werden wir belogen, dass uns Putin bedroht, täglich heißt es, wir sind nicht mehr sicher. Das stimmt, wir sind nicht mehr sicher: weder vor unserer eigenen Regierung noch vor den anderen Parteien. Denn sie alle sind es, die uns in einen neuen großen Krieg hetzen wollen, sie alle stimmen in das Geheul, in die Angstmache ein. Es werden Bedrohungsszenarien erfunden, damit wir möglichst ohne Widerstand all die Teuerung, Lebensmittelpreise oder Mietpreiswucher usw. und den weiteren Ausverkauf der Neutralität hinnehmen, z.B. durch die Teilnahme an der von EU/NATO/Deutschland vorangetriebenen Sky-

Shield-Raketensystem (siehe dazu eigenen Beitrag). Im Gesundheitssystem, bei der Kinderbetreuung, bei den Schulen, bei den Unis usw., überall wird gespart. Beim Militärbudget, bei der Polizei, bei der „Sicherheit“, da geht das von uns durch unser aller Arbeit erwirtschaftete Geld hin. Wir sollen weiter Steuern zahlen, alle Belastungen hinnehmen bzw. auch willig in einen neuen Krieg marschieren.

Es geht beim Ukraine-Krieg weder um Menschenrechte noch um Freiheit – im Gegenteil! Diese Werte werden dazu missbraucht, um uns in der tagtäglichen Propaganda auf einen Krieg gegen Russland, einen Krieg gegen China vorzubereiten.

Wir Österreicher:nnen dürfen da nicht mitmachen, sondern müssen als Bewohner eines neutralen Staates dieser Kriegshetze entschieden entgegnetreten und die Regierung dazu bringen, die verfassungsmäßige Neutralität zu vertreten und einzuhalten.

Ja zur Neutralität!

Friedensverhandlungen statt Krieg!

Fußnote 1: Quelle des Zitates

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20_de – Und es sei beeindruckend, „wie sie unsere Werte verteidigen, mit allem, was sie haben, bis zu ihrem Leben“ (FAZ 17.5. 2022).

Das Letzte

Das Gebet um Waffen fand Erfüllung!



Das dänische Parlament hat die Aufhebung eines kirchlichen Feiertags beschlossen, den es bereits seit dem 17. Jahrhundert gibt. Der zusätzliche

Werktag soll Regierungsrechnungen zufolge etwa zusätzliche drei Milliarden dänische Kronen (etwa 400 Millionen Euro) in die Staatskasse spülen. Diese Einnahmen werden zweckgebunden für die Erhöhung der Wehretats, um rascher das Ziel zu erreichen, zumindest 2 Prozent des BIPs fürs Militär auszugeben. Wenn man bedenkt, dass das protestantische Dänemark ohnehin recht knapp mit kirchlichen Feiertagen gesegnet ist, dann kann man sich ausdenken, welche vor Freude glühende Wangen bei unseren Waffenenthusiasten, vom Bundespräsidenten abwärts bis zur Frau Tanner, entstanden sind, wenn sie unsere zahlreichen katholischen Feiertage in Panzer, Flugzeuge und Haubitzen umrechnen ...

*

Die Teilnahme am EU/NATO - Sky Shield gefährdet die Sicherheit und Neutralität Österreichs!

Sky Shield ist ein vom NATO-Land Deutschland initiiertes, NATO-Raketensystem von EU-Staaten, das mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar ist. **Eine Teilnahme widerspricht der immerwährenden Neutralität Österreichs grundsätzlich!**

Sky Shield ist kein Abwehrsystem, sondern ein Teil des USA/NATO-Atom-Erstschlagsystems gegen Russland. Es soll dazu dienen, einen atomaren Rückschlagskapazität Russlands so unmöglich gemacht werden. Westliche, z.B. kanadische Autoren, trauen den USA aufgrund der US-„Präventivstrategie“ zu, sogar einen dritten Weltkrieg zu riskieren. (Quelle: FOCUS online: Atomarer Erstschlag als Option? Experten warnen: Die US-Präventivstrategie führt zu einem dritten Weltkrieg). Aktuell bedeutet das, mit Hilfe von Sky Shield einen Atomkrieg gegen Russland zu riskieren. Sky Shield ist das Vorhaben, vom kalten Krieg wegzukommen und einen heißen Weltkrieg „führbar“ zu machen. Welche Ungeheuerlichkeit!

ÖVP und Grüne unterlaufen mit Sky Shield die Neutralität und ziehen Österreich in künftige Kriege hinein Für Österreich muss es so oder so heißen – egal, ob Deutschland-, EU- oder NATO-Projekt: Neutralität statt Kriegsteilnahme!

Absichtlich falsch behauptet wird in diesem Zusammenhang, dass Österreich als EU-Land wegen der „EU-Beistandsverpflichtung“ an solchen „EU-Maßnahmen“ teilnehmen müsse. Das entspricht nicht den Tatsachen: Österreich hat beim EU-Beitritt einen Neutralitätsvorbehalt unterschrieben („Irische Klausel“), der sich in allen einschlägig dazugehörigen Paragraphen wiederfindet.



Österreichs Neutralität ist nicht überholt, sondern wichtiger denn je – gerade in Kriegszeiten!

FPÖ: Neutralitätsheuchler

Wenn sich die FPÖ zuletzt immer wieder als „Verteidiger der Neutralität“ aufspielt, ist das nicht glaubwürdig. Erstens war die FPÖ 1955 bei der Erklärung der immerwährenden Neutralität gegen die Neutralität Österreichs, unter Schwarz-Blau mit ÖVP-Kanzler Schüssel in den 2000er Jahren für den NATO-Beitritt Österreichs und unter Türkis-Blau mit Kurz für die EU-Aufrüstung (PESCO). Ebenso trat FPÖ-Strache 2017 für eine EU-Armee mit Atombewaffnung ein (Presse, 26.2.2017).

ÖVP, Grüne und NEOS: Für NATO bzw. EU-Armee statt Neutralität
Im gültigen ÖVP-Parteiprogramm aus 2015 wird die Neutralität nicht vor, sondern die „Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee“ (Seite 43). Ähnlich die NEOS, die in ihrem Programm 2019 für eine EU-Armee eintreten und Sky Shield als wichtigen Schritt zur EU-Verteidigungsunion sehen (APA, 2.7.2023). Und die Grünen machen in der ÖVP-Regierung dabei voll mit.

SPÖ: Wo bleibt das Neutralitätsbekenntnis der Parteispitze?

Und was ist die Haltung der SPÖ zu alledem? Zu Sky Shield würden ihr die genauen Informationen noch fehlen, um sich positionieren zu können, so die offizielle Ausrade, während Ministerin Tanner schon zwei Absichtserklärungen dazu unterschrieben hat. Genauere Informationen dazu:

[ggae 3-23 endf Druck.pdf \(atomgegner.at\)](#)



Die immerwährende Neutralität ist Verfassungsgesetz, 90% der Österreicher:innen sind für die Neutralität – daran haben sich Regierung, Parlament, Parteien und Bundespräsident zu halten!

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg
www.atomgegner.at * Kontakt: ggae@gmx.at

Unterzeichnen Sie den Aufruf: www.unsere-neutralitaet.at

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at